

Bundesminister für Verkehr und digitale
Infrastruktur
Herrn Andreas Scheuer
Invalidenstr. 44
10115 Berlin

Christine Behle
Stellvertretende Vorsitzende

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Telefon: 030/6956-0
Durchwahl: -2000
Telefax: -3500

christine.behle@verdi.de
www.verdi.de

Verteiler

Vorsitzende der Landesverkehrsministerkonferenz
Vorsitzende der Landesfinanzministerkonferenz
Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur
Bundesminister für Finanzen
Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktionen

Datum 03. September 2020

- **Offener Brief** -

ÖPNV-Gipfel für eine konsequente Verkehrswende

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scheuer,

die Auswirkungen des Klimawandels sind allgegenwärtig und machen die Dringlichkeit zum Handeln offensichtlich. Gerade im Verkehrssektor ist es bislang nicht gelungen, die CO₂-Emissionen zu senken. Den größten Anteil am Ausstoß klimaschädlicher Gase hat aktuell mit etwa 60 Prozent der Pkw-Verkehr. Zur Erreichung der Klimaziele ist deshalb unter anderem eine schnelle und spürbare Reduktion des Pkw-Verkehrs notwendig. Dafür muss gewährleistet werden, dass das Angebot im öffentlichen Verkehr und die Infrastruktur für Fahrrad- und Fußverkehr deutlich verbessert werden und damit die Attraktivität im Verhältnis zum motorisierten Individualverkehr weiter steigt. Wir leiten Ihnen deshalb heute unsere Forderungen für eine gelungene Verkehrswende zu.

Als kommunale Aufgabe ist das Angebot öffentlicher Mobilität bisher von der Kassenlage der jeweils zuständigen Behörde abhängig. Dadurch unterscheidet sich die Qualität des Angebots für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie der Beitrag der kommunalen Maßnahmen zum Klimaschutz im Verkehr stark. Durchgängige Mobilitätsangebote über Stadt-, Kreis- oder Landesgrenzen hinweg zu entwickeln ist schwierig. Sie sind aber notwendig, da Klimaschutz und die Erreichung der Klimaziele nicht länger aufgeschoben werden können. Doch gerade mit Blick auf die aktuelle Covid-19-Krise wird deutlich, dass Kommunen angesichts sinkender Steuereinnahmen die dringend notwendigen

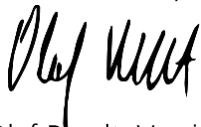
Maßnahmen im Bereich der Mobilität nicht in ausreichendem Maße bewältigen können werden. Die Finanzierung urbaner und regionaler klimafreundlicher Mobilität muss deshalb jetzt auf solide Füße gestellt werden. Wir brauchen keine Vielzahl von einzelnen Fördertöpfen, sondern ein bundesweites Finanzierungsprogramm und eine Investitionsoffensive durch die Länder und den Bund. Ziel muss es sein, dass Städte, Kommunen und Landkreise die Verkehrswende durch den Ausbau klimafreundlicher Mobilität nachhaltig in Angriff nehmen können. Als Teil eines „New Green Deal“ stützen diese Investitionen zugleich die kommunale Wirtschaft und schaffen bundesweit zehntausende Arbeitsplätze, auch in konjunkturschwachen Gebieten. Die bisherigen kurzfristiger angelegten Maßnahmen im Konjunkturpaket der Bundesregierung müssen in einem zweiten Schritt durch weitere langfristig angelegte und abgesicherte Investitionen ergänzt werden. Zur Entwicklung eines entschiedenen Planes für eine konsequente Verkehrswende müssen die entscheidenden Akteure aus Kommunen, Ländern, Bund, Gewerkschaften, Unternehmen und Umweltverbänden an einen Tisch kommen.

Wir fordern Sie auf, zu einem ÖPNV-Gipfel zum Start einer konsequenten Verkehrswende für den Klimaschutz einzuladen. Am 14. Oktober findet die nächste Verkehrsministerkonferenz statt. Wir hoffen bis dahin auf eine positive Antwort für den ÖPNV.

Die beiliegende Position **Verkehrswende erfordert entschiedene Investitionspolitik für den Umweltverbund** wurde gemeinsam erarbeitet von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUNDjugend, dem ökologischen Verkehrsclub VCD, attac, NaturFreunde Deutschlands, Fridays for Future, ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft und Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Für ein erläuterndes Gespräch und Ihre Antwort steht Ihnen stellvertretend für die Unterzeichner*innen der Position Christine Behle, ver.di Bundesvorstand zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen



Christine Behle, ver.di Bundesvorstand



Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND



Kerstin Haarmann, VCD-Bundesvorsitzende



Helena Marschall, Fridays for Future Germany